

Antworten der FDP Berlin auf die Wahlprüfsteine von Omas gegen Rechts Berlin – AG Feminismus

Guten Tag,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine und Ihr Interesse an den Positionen der FDP Berlin. Für die Beantwortung Ihrer Fragen haben wir auch Künstliche Intelligenz genutzt. Unsere Antworten basieren auf unserem Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2026 sowie auf den Beschlüssen der FDP Berlin und wurden durch die Fachsprecherinnen und Fachsprecher des Landesvorstands geprüft und überarbeitet.

Gerne nehme ich zu Ihren Fragen wie folgt Stellung:

1. Gewalt gegen Frauen wirkungsvoll bekämpfen

1.1. Welche konkreten Maßnahmen wird ihre Partei ergreifen, einen tatsächlich bedarfsgerechten und wirkungsvollen Opferschutz zu gewährleisten? Welche haushalterischen Vorkehrungen auf Landesebene werden Sie treffen, um die Arbeit der Frauen-Gewaltschutz- und Beratungsprojekte, der Frauenhäuser und der Zufluchtswohnungen in Berlin abzusichern und auszubauen? Welche konkreten Maßnahmen werden Sie bezüglich der präventiven Täterarbeit ergreifen?

Antwort: Gewalt gegen Frauen ist ein schwerwiegender Angriff auf Freiheit, Sicherheit und Menschenwürde. Wir wollen, dass Betroffene schnell und unkompliziert Schutz und Unterstützung erhalten.

Deshalb setzen wir uns für den Ausbau und die Regelfinanzierung von Schutz- und Beratungseinrichtungen ein. Die Zahl der Plätze in Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen soll erhöht werden. Dabei müssen Barrierefreiheit sowie Mutter-Kind-Plätze auch für ältere Söhne berücksichtigt werden. Die Berliner Gewaltschutzambulanz wollen wir dauerhaft absichern und stärken.

Darüber hinaus wollen wir regelfinanzierte Zentren der Präventionsarbeit gegen häusliche Gewalt schaffen, in denen Beratung, Schutz, psychosoziale Unterstützung und Hilfsangebote unter einem Dach gebündelt werden.

Ein wichtiger Unterschied zu Ihren Positionen liegt möglicherweise in der Schwerpunktsetzung: Für uns gehören Opferschutz und Täterarbeit untrennbar zusammen. Deshalb wollen wir die Präventions- und Täterarbeit deutlich ausbauen. Wer Gewalt ausübt, muss konsequent zur Verantwortung gezogen werden. Gleichzeitig wollen wir den Kreislauf der Gewalt durch wirksame Präventionsprogramme durchbrechen.

1.2. Mit dem Beispiel Spanien liegt eine Blaupause für eine effektivere Strafverfolgung und effektiveren Schutz von Frauen vor geschlechtsbezogener Gewalt vor. Was wird Ihre Partei konkret unternehmen, um zentrale Elemente des spanischen Modells

(spezialisierte Gerichte, Schnellverfahren, technologischer Schutz/Fußfesseln, passgenaue Risikoanalysen, verbindliche Zusammenarbeit der zuständigen Behörden, spezielle und verpflichtende Schulungen für die Mitarbeitenden) auch in Berlin zur Umsetzung zu bringen?

Wir sehen die Erfolge anderer europäischer Staaten mit Interesse. Entscheidend ist für uns jedoch nicht die Übernahme eines bestimmten nationalen Modells, sondern die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen im Rahmen unseres Rechtsstaats.

Wir fordern eine deutlich bessere Zusammenarbeit zwischen Polizei, Jugendämtern, Gewaltschutzambulanz, Justizbehörden und Gerichten. Betroffene dürfen nicht zwischen Zuständigkeiten verloren gehen.

Zudem unterstützen wir eine bessere Qualifizierung der beteiligten Behörden und Justizakteure. Neue technische Schutzinstrumente oder organisatorische Reformen müssen wirksam, verhältnismäßig und rechtsstaatlich ausgestaltet sein. Ihre Einführung sollte sich an nachweisbaren Erfolgen orientieren.

1.3. Wie werden Sie sicherstellen, dass bei der Entscheidung über das Sorge- und Umgangsrecht die Sicherheit des Opfers und der Kinder Vorrang vor dem Umgangsrecht des gewalttätigen Elternteils hat? Sind die Jugendämter ausreichend gut aufgestellt, um wirksamen Schutz der Frauen und mit betroffenen Kinder vor familiärer Gewalt zu gewährleisten?

Der Schutz von Kindern und Gewaltopfern hat für uns höchste Priorität. Wo eine Gefährdung vorliegt, müssen Sicherheitsinteressen bei allen Entscheidungen umfassend berücksichtigt werden. Wir unterstützen deshalb eine enge Zusammenarbeit zwischen Jugendämtern, Familiengerichten, Polizei und Gewaltschutzinstitutionen. Zugleich gilt für uns der rechtsstaatliche Grundsatz, dass Entscheidungen stets auf Grundlage des konkreten Einzelfalls getroffen werden müssen.

Die Berliner Jugendämter stehen unter erheblichem Druck. Deshalb müssen sie personell, organisatorisch und digital besser ausgestattet werden, damit sie ihren Schutzauftrag wirksam erfüllen können.

1.4. In der juristischen Ausbildung wird die Problematik der geschlechtsbezogenen Gewalt und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung so gut wie gar nicht behandelt. Wird Ihre Partei dafür sorgen, dass die juristischen Ausbildungsinhalte dahingehend erweitert werden?

Wir halten eine angemessene Berücksichtigung dieser Themen in Ausbildung und Fortbildung für sinnvoll. Wer mit Opfern sexualisierter oder häuslicher Gewalt arbeitet, muss die besonderen Dynamiken solcher Taten verstehen.

Gleichzeitig sehen wir die juristische Ausbildung grundsätzlich als Aufgabe wissenschaftlicher Qualität und fachlicher Exzellenz. Unser Ziel ist eine bessere Qualifizierung der Praxis, nicht eine Politisierung der Ausbildung.

1.5. Welche Maßnahmen muss das Land Berlin Ihres Erachtens ergreifen, um das Gesetz gegen digitale Gewalt wirkungsvoll umzusetzen? Welche Rolle messen Sie hierbei der Berliner Polizei, den Staatsanwaltschaften und den Gerichten zu und sehen Sie sie ausreichend vorbereitet? Welche Rolle spielt für Sie eine auf das Problemfeld spezialisierte zivilgesellschaftliche Beratungsinfrastruktur und wie werden Sie sie fördern?

Digitale Gewalt ist reale Gewalt. Cyberstalking, Doxing, Deepfakes oder digitale Einschüchterung bedrohen Freiheit und gesellschaftliche Teilhabe.

Wir wollen deshalb die Aufklärung über Formen und Folgen digitaler Gewalt stärken. Polizei und Justiz müssen technisch und personell in die Lage versetzt werden, entsprechende Straftaten wirksam zu verfolgen. Gleichzeitig brauchen Betroffene niedrigschwellige Beratungsangebote.

Anders als manche politischen Akteure sehen wir den Schwerpunkt jedoch nicht allein in neuen Regulierungen, sondern auch in konsequenter Strafverfolgung, Medienkompetenz und digitaler Selbstbestimmung.

2. Entscheidungsgremien in der Politik paritätisch besetzen

2.1. Wie stehen Sie grundsätzlich zu Geschlechterparitäten in der Politik? Ist ein Frauenanteil von mindestens 50 % für Sie ein wichtiges Ziel?

Wir wünschen uns mehr Frauen in politischen Ämtern und Mandaten. Politik profitiert von unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven.

Feste Quoten oder staatlich verordnete Paritäten lehnen wir aus verfassungsrechtlichen Gründen ab. Für uns steht die freie Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten durch Mitglieder und Wähler im Mittelpunkt. Unser Ziel ist gleiche Chancen, nicht die staatliche Vorgabe gleicher Ergebnisse.

2.2. Praktizieren Sie das Reißverschlussverfahren für die Wahlen in Berlin?

Nein. Die FDP Berlin setzt nicht auf ein verpflichtendes Reißverschlussverfahren.

Wir vertrauen auf demokratische Wahlen innerhalb der Partei und auf die Entscheidung der Mitglieder. Kandidaturen sollen nach Eignung, Leistung, Überzeugungskraft und demokratischer Unterstützung entschieden werden. Auch ohne verpflichtendes Reißverschlussverfahren hat sich bei uns auf den vorderen Listenplätze eine Mischung aus hochqualifizierten Frauen und Männern ergeben.

2.3. Welche Schritte unternimmt Ihre Partei, um den Frauenanteil in der Partei und in den politischen Entscheidungsgremien zu erhöhen?

Wir wollen politische Beteiligung mit Familie, Beruf und Ehrenamt besser vereinbar machen. Dazu gehören digitale Beteiligungsmöglichkeiten, planbare Sitzungen und eine moderne Parteikultur.

a. Werden Sitzungszeiten früh angesetzt und klare Endzeiten einhalten, damit weniger Konflikte mit Care-Zeiten entstehen? Wird eine Kinderbetreuung organisiert?

Wo organisatorisch möglich, unterstützen wir familienfreundliche Formate und planbare Sitzungszeiten.

b. Gibt es eine Moderation, die Redeanteile ausgleicht und klare Regeln gegen Unterbrechungen / Dominanzverhalten?

Wir erwarten einen respektvollen Umgang in politischen Debatten. Gute Sitzungsleitungen tragen dazu bei, dass alle Stimmen gehört werden. Dafür sorgt auch der bei uns seit Jahren in Umsetzung befindliche Code of Conduct.

2.4. Was tun Sie konkret und praktisch, um Frauen aus ihren Reihen für wichtige politische Entscheidungsgremien wie den Hauptausschuss oder für die Position einer (regierenden) Bürgermeisterin zu identifizieren, zu motivieren und zu unterstützen?

Wir ermutigen Frauen, politische Verantwortung zu übernehmen, und unterstützen sie durch Mentoring, Netzwerke und politische Förderung. Unser Ansatz ist jedoch nicht, Positionen nach Geschlecht zu vergeben. Entscheidend sind Qualifikation, Engagement und demokratische Legitimation.

2.5. Welche Schritte unternimmt Ihre Partei, um Kandidatinnen vor Internet-Gewalt zu schützen?

Digitale Gewalt gegen politisch engagierte Menschen ist ein Angriff auf die Demokratie. Wir setzen uns für eine konsequente Strafverfolgung digitaler Gewalt, eine bessere Ausstattung der Sicherheitsbehörden sowie für Prävention und Medienkompetenz ein. Dies gilt ausdrücklich auch für Frauen, die überdurchschnittlich häufig von digitaler Gewalt betroffen sind.

3. Altersarmut von Frauen reduzieren

3.1. Wie will Ihre Partei der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern entgegenwirken? Wie sollen existenzsichernde Beschäftigungen geschaffen werden?

Unser Ziel ist gleiche Bezahlung für gleiche beziehungsweise gleichwertige Leistung. Wir sehen die wirksamsten Hebel gegen Altersarmut jedoch bereits deutlich früher: bessere Bildung, mehr Aufstiegschancen, höhere Erwerbsbeteiligung, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie bessere Karrierechancen insbesondere in gut bezahlten Berufen. Deshalb setzen wir uns unter anderem für mehr Frauen in MINT-Berufen, bessere Qualifizierungsangebote und eine leistungsfähige Kinderbetreuung ein.

3.2. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um prekäre Beschäftigungen einzudämmen, z. B. durch Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen?

Wir wollen vor allem den Übergang in besser qualifizierte und besser bezahlte Beschäftigung erleichtern. Besonders wichtig sind für uns Weiterbildung und Qualifizierung. Gerade Frauen im Niedriglohnsektor sollen bessere Möglichkeiten erhalten, sich beruflich weiterzuentwickeln und neue Karrierewege einzuschlagen.

Wir setzen dabei stärker auf Chancen und Qualifizierung als auf zusätzliche Verbote oder gesetzliche Zwangsmaßnahmen.

3.3. Wie steht Ihre Partei zur gegenwärtigen Diskussion über die Ersetzung des Ehegattensplittings durch ein Besteuerungsmodell für Familien, welches keinen negativen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit von Frauen hat? Wie sollte sich der Berliner Senat bei einer Abstimmung im Bundesrat dazu verhalten?

Steuerrecht ist überwiegend Bundespolitik. Grundsätzlich setzen wir uns für ein modernes Steuer- und Transfersystem ein, das Erwerbstätigkeit fördert und Familien unterstützt. Reformen müssen jedoch verlässlich, gerecht und für bestehende Familienplanungen kalkulierbar sein. Für uns steht die Entscheidungsfreiheit der Familien im Mittelpunkt. Der Staat sollte unterschiedliche Lebensentwürfe ermöglichen, nicht vorgeben.

4. Haushaltsmittel geschlechtergerecht verteilen

4.1. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um für eine geschlechtergerechte Verteilung von Haushaltsmitteln zu sorgen?

Wir wollen öffentliche Mittel dort einsetzen, wo sie nachweislich Wirkung entfalten. Für uns bedeutet Geschlechtergerechtigkeit vor allem gleiche Chancen, Schutz vor Gewalt, Zugang zu Bildung, wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Beseitigung konkreter Benachteiligungen. Haushaltsentscheidungen sollten sich an diesen Zielen orientieren.

4.2. Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass zugesagte Mittel für die Umsetzung der Istanbul-Konvention verbindlich bereitgestellt werden?

Die Istanbul-Konvention verpflichtet Deutschland und damit auch Berlin zum Schutz vor häuslicher Gewalt. Deshalb unterstützen wir den Ausbau und die Regelfinanzierung von Schutz- und Beratungseinrichtungen, die Stärkung der Gewaltschutzambulanz sowie den Ausbau von Präventions- und Täterarbeit. Die hierfür notwendigen Mittel müssen im Rahmen einer verantwortungsvollen Haushaltsplanung priorisiert werden.

4.3. Wie will Ihre Partei erreichen, dass Frauen- und Gleichstellungsarbeit nicht als freiwillige Leistung behandelt wird, sondern als unverzichtbare Grundlage einer demokratischen, sozialen Stadt?

Dort, wo Frauen- und Gleichstellungsarbeit konkrete Probleme löst, Schutz bietet oder Chancen verbessert, hat sie einen wichtigen Platz in einer freien und demokratischen Gesellschaft. Wir bewerten Projekte jedoch nicht nach ihrer Selbstbeschreibung, sondern nach ihrer tatsächlichen Wirkung. Für uns sind Transparenz, Wirksamkeit und Zielerreichung wichtige Maßstäbe staatlicher Förderung.

4.4. Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, die geplanten Kürzungen im Bereich Gleichstellung, Gewaltprävention, Demokratiebildung vollständig zurückzunehmen?

Pauschale Antworten auf pauschale Kürzungsforderungen halten wir nicht für zielführend. Berlin steht vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. Deshalb müssen alle Ausgaben regelmäßig überprüft werden. Gleichzeitig gilt: Schutz vor Gewalt, wirksame Prävention und die Verteidigung unserer freiheitlichen Demokratie gehören zu den Kernaufgaben des Staates. Wir würden daher nicht pauschal alle Kürzungen zurücknehmen, sondern jede einzelne Maßnahme nach ihrer Wirksamkeit und Priorität bewerten.

Nochmals herzlichen Dank für Ihr Interesse. Fragen und Antworten werden wir auch auf unserer Website veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Meyer

Landesvorsitzender der FDP Berlin und Spitzenkandidat zur Abgeordnetenhauswahl 2026